

zu TOP

Mainz, 26.03.2025

Anfrage 0560/2025 zur Sitzung am Anwohnerparken und Gehwegparken (FDP)

Am 21.09.2022 wurde im Stadtrat Mainz eine vom Verkehrsamt Mainz eingebrachte Beschlussvorlage „Gehwege für alle“ verabschiedet, mit Fokus auf „Ordnung der Straßenräume zugunsten der Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit“. In der Begründung wurde seitens der Stadt abgeleitet, dass - neben den allgemeinen Bestimmungen der StVO - Maßnahmen gegen Gehwegparken erforderlich seien, da die ab-gestellten PKWs den Fußgängerverkehr behinderten und gefährdeten. Die Stadt kündigte an, aufgrund des Beschlusses verstärkt gegen Gehwegparken vorzugehen, die betroffenen Autofahrer / Anwohner mit Informationsaktionen darauf hinzuweisen. In der Beschlussvorlage sind auch einige Beispiele aufgeführt, unter welchen Umständen Gehwegparken erlaubt werden kann, um einen „hohen Verlust an Parkraum mit dem vorgeschlagenen Vorgehen entgegenzuwirken.“

Aus den Formulierungen der Beschlussvorlage kann man den Schluss, ziehen, dass (a) der Stadtverwaltung die enge Parkraumsituation in Mainz bewusst ist, dass (b) die Stadt bemüht ist, großflächigen Verlust an Parkraum mit geeigneten Maßnahmen zu vermeiden, und (c) in jedem Fall die Anwohner informiert werden.

In den letzten Zeit wurde mehrfach u.a. in der Allgemeinen Zeitung davon berichtet, dass die Verkehrsüberwachung in gewissen Straßenzügen (Wallaustr, Hochstr., etc.) Gehwegparker verwarnt hat, ohne ausreichend auf eine beabsichtigte Änderung der bisher geduldeten Parksituation hinzuweisen. Auch wurden den betroffenen Anwohnern keinerlei Möglichkeiten aufgezeigt, für alternative Parkmöglichkeiten.

Wir fragen an:

1. Welchen Planungen folgt die Verkehrsbehörde bei der stadtweiten Umsetzung der Beschlussvorlage „Gehweg für alle“? Auf welche Stadtteile werden die Maßnahmen und wann ausgeweitet?
2. Wie wurden und wie werden Anwohner auf den Entfall des jahrzehntelangen Duldens

des Gehwegparkens informiert?

3. Wie wird den betroffenen Anwohnern Gelegenheit gegeben, zusammen mit der Stadtverwaltung einvernehmliche oder alternative Lösungen zu erarbeiten?
4. Welche anderen alternative Maßnahmen zum Gehwegparken, als in der Beschlussvorlage beispielhaft genannt sind, werden vom Verkehrsamt geprüft (beispielsweise das Einrichten verkehrsberuhigter Zonen in Wohnstraßen)?
5. Wie viele und welche Beschwerden von Anwohnern liegen gegen Gehwegparken in welchen Stadtteilen vor? Welcher Ortsteile und Straßenzüge betrifft das im Besonderen? Bitte konkret nennen.
6. Welche Unfall- bzw. Gefährdungs-Statistik gibt es für die betroffenen Bereiche, welche das Verkehrsamt nun zum Einschreiten gegen Gehwegparken veranlassen?
7. Welche alternativen Parkräume wurden den Anwohnern angeboten, wenn bei Maßnahmen des Verkehrsamts im Zuge der o.g. Beschlussvorlage in großem Umfang Parkplätze für Anwohner entfallen? Gibt es hier Bestrebungen in Zusammenarbeit mit der PMG ein günstiges Parken für Anwohner zu realisieren?
8. Wo wurden bisher Kontrollen zum Gehwegparken durchgeführt? Wo beabsichtigt die Verwaltung als nächstes tätig zu werden?
9. Wie viele Verwarnungen wurden dabei ausgesprochen?
10. Warum wurden die Kontrollen durchgeführt?
11. Welche Informationen (wie in der Beschlussvorlage angeführt) wurden den Betroffenen übermittelt und wann ?
12. Wie werden Anwohner auf den Entfall des jahrzehntelangen Duldens des Gehwegparkens informiert?
13. Wenn das Verkehrsamt den Platzbedarf von Fußgängern in Wohnstraßen so rigoros durchsetzen möchte, welche Position hat das Verkehrsamt dann bei Gehwegen, auf den Fußgängerverkehr (mit und ohne Kinderwagen bzw. Rollstuhl) sowie Fußgängerbegegnungsverkehr NICHT möglich ist? Sollen diese wegen Gefährdungspotential gesperrt und Fußgänger-Umleitungen eingerichtet werden? (Beispiele An der Wied, Wilhelmsstraße, Ludwig-Nauth-Straße)?
14. Die Erfahrungen mit der Stadtverwaltung haben die Anwohner der Wallstraße dazu veranlasst, eine Dienstaufsichtsbeschwerde über den Leiter des Verkehrsamts bei OB Nino Haase einzureichen. Gibt es eine Stellungnahme seitens der Stadt zur Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Leiter des Verkehrsamts, bzw. eine Bereitschaft zur besseren Kommunikation bzw. Kooperation mit betroffenen Anwohnern?

Susanne Glahn
Fraktionsvorsitzende